

BAGP-Rundbrief 3.13

Große Koalition Verhandlungsergebnis Gesundheit

Einige wesentliche Inhalte kurz beschrieben

In der ambulanten Versorgung soll/en:

- die Wartezeit auf einen Arzttermin sowie Wartezeiten in der psychotherapeutischen Versorgung deutlich reduziert
- die Rolle des Hausarztes gefördert
- Leistungslücken beim Übergang vom stationären in den ambulanten Versorgungsbereich überwunden
- hausarztzentrierte Versorgung verpflichtend angeboten und
- DMPs für die Behandlung von Rückenleiden und Depressionen entwickelt werden.

...

Die Krankenhausversorgung soll

flächendeckend garantiert sein. Das Krankenhaus der Zukunft soll gut, gut erreichbar und sicher sein. Qualität und hohe Leistung sollen sich finanziell lohnen.

Qualitätsberichte der Krankenhäuser sollen verständlicher, transparenter und präziser werden, damit sie PatientInnen als Orientierungshilfe dienen können.

...

Die gesetzlichen Krankenkassen sollen

wieder mehr Beitragsautonomie bekommen. Der Mindestbeitrag wird künftig bei 14,6 Prozent liegen, je zur Hälfte getragen von Arbeitnehmer und Arbeitgeber. Der Arbeitgeberbeitrag von 7,3 Prozent bleibt gesetzlich festgeschrieben. Die Kassen können die Beiträge oberhalb von 14,6 Prozent frei festlegen, diese Beitragskosten zahlt der Versicherte prozentual am Einkommen dann aber alleine. Der bisherige Sonderbeitrag von 0,9%, den der Versicherte alleine zu tragen hatte, wird somit variabel. Einen Sozialausgleich aus Steuermitteln ist nicht mehr vorgesehen, da durch den prozentualen Abzug Geringverdiener automatisch geringer belastet seien.

...

Einschätzung

Der große Wurf ist das Verhandlungsergebnis der Großen Koalition nicht, auch wenn zumindest die große Kopfpauschale gekippt zu sein scheint. Ein Zusatzbeitrag bleibt, denn künftige Kostensteigerungen gehen wieder allein zulasten der ArbeitnehmerInnen, die schon heute mindestens 0,9 Prozentpunkte mehr zahlen - sehr bedauerlich.

Uns fehlen beispielsweise:

- Die klare Entscheidung zur vollen paritätischen Finanzierung des Beitrags
- Ausführungen zur Unabhängigen Patientenberatung
- der Entschädigungsfonds für Opfer von Behandlungsfehlern
- Lösungsvorschläge für die durch DRGs entstandene Verwerfungen
- Patientenorientierte Verbesserungen bei den individuellen Gesundheitsleistungen
- Verbesserungen bei der Patientenbeteiligung

Hier sieht die Bundesarbeitsgemeinschaft der PatientInnenstellen einen klaren Nachverhandlungsbedarf.

Bundesarbeitsgemeinschaft
der PatientInnenstellen
(BAGP)

Waltherstr. 16a
80337 München

TELEFON
089 / 76 75 51 31

FAX
089 / 725 04 74

web: www.bagp.de
mail: mail@bagp.de

Sprechzeiten:
Di - Do 13 - 14 Uhr
und AB



B
A
G
P

Kurzprofil

Seit 1989 bündeln PatientInnenstellen und -Initiativen bundesweit ihre Ressourcen und Kompetenzen, um als BAGP effektiver handeln zu können. Kern der Arbeit ist die Information, Beratung und Beschwerdeunterstützung von Versicherten und PatientInnen bei gesundheitlichen Fragen und Problemen mit Institutionen oder Anbietern im Gesundheitswesen.

Zentrales Ziel der BAGP ist ein soziales, solidarisches, demokratisches, nicht hierarchisches Gesundheitssystem, in dem PatientInnen und Versicherte gleichberechtigte PartnerInnen sind. Die BAGP setzt sich gemeinsam mit anderen Patientenorganisationen und weiteren BündnispartnerInnen für dieses Ziel ein.